

Rentenkommission: Auftrag Jahrhundertreform (+ Interview)

1. Kompetenzen

Die Schülerinnen und Schüler sollen ...

1. Stellung, Aufgaben und Zusammensetzung der von der Bundesregierung eingesetzten Rentenkommission ermitteln.
2. die gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen für das staatliche Versorgungssystem herausarbeiten.
3. die im Rahmen der Rentenpolitik auftretenden Interessenkonflikte analysieren und begründet Stellung beziehen.

2. Aufgaben

1. *Ermitteln Sie die Aufgaben der von der Bundesregierung eingesetzten Rentenkommission. Erschließen Sie sich ihre Stellung im sozialpolitischen Feld.*
2. *Arbeiten Sie die zentralen Herausforderungen im Hinblick auf die gegenwärtige und zukünftige Gestaltung des staatlichen Rentensystems heraus. Beschreiben Sie die zentralen Einflussfaktoren.*
3. *Analysieren Sie die im Zusammenhang mit der Rentenpolitik auftretenden Interessenkonflikte. Benennen Sie die wichtigsten Akteure und Interessengruppen, erörtern Sie deren Zielsetzungen und beschreiben Sie die Konfliktfelder.*
4. *Nehmen Sie begründet Stellung aus der Perspektive Ihrer Generation.*
5. *Geben Sie die Einschätzungen des Finanzexperten Bernd Raffelhüschen zur Arbeit der Rentenkommission wieder. Erläutern Sie seine Kritikpunkte und Maßnahmevorschläge.*

Rentenkommission: Auftrag Jahrhundertreform

Die Große Koalition setzt auf eine Kommission, um der demografischen Falle zu entkommen und die Rente zukunftsfest zu machen. Wirtschaft und Steuerzahler müssen höhere Belastungen fürchten.

Die enorme Aufgabe, die der Rentenkommission bevorsteht, dürfte am ersten Arbeitstag der zehn Experten noch eine untergeordnete Rolle spielen. Bei der konstituierenden Sitzung am Mittwoch soll es zunächst vor allem um organisatorische Fragen wie den Zeitplan gehen. [...] Zum Abschluss der Kommissionsarbeit im März 2020 soll dann aber
5 eine Blaupause für einen „verlässlichen Generationenvertrag“ stehen, damit die Alterssicherung in Deutschland den Sturm des demografischen Wandels überstehen kann. Das Mandat ist breit gefasst, neben der gesetzlichen Rente nehmen die Experten auch die betriebliche und die private Altersvorsorge in den Blick. Die Zusammensetzung des Gremiums ist allerdings eher sozialpolitisch geprägt - für Steuerzahler und Wirtschaft
10 könnte es am Ende teuer werden.

Der Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbands BDA, Steffen Kampeter, gibt der Rentenkommission mit auf den Weg, dass die Beiträge zur Sozialversicherung auch langfristig unter 40 Prozent liegen sollten. Die Steuer- und Abgabenlast dürfe in
15 Deutschland keinesfalls steigen, „wenn wir im internationalen Wettbewerb weiter bestehen wollen“, sagt Kampeter dem Handelsblatt. Für den Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK), Eric Schweitzer, muss auch eine längere Lebensarbeitszeit Teil der Lösung sein. „Der aktuelle Höchststand beim Fachkräftemangel zeigt: Eine der größten Herausforderungen für die deutsche Wirtschaft in den nächsten
20 Jahrzehnten ist die Frage, wer hier künftig die Arbeit macht“, sagt Schweitzer dem Handelsblatt. „Wir brauchen deshalb mehr Anreize und Aktivitäten, damit möglichst viele Menschen länger in einer Beschäftigung bleiben.“

Eine weitere Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters, das bis 2030 schrittweise
25 von 65 auf 67 Jahre steigt, ist die zentrale Empfehlung einer am Dienstag vorgestellten Studie des Forschungsinstituts Prognos im Auftrag der Versicherungswirtschaft. Damit könne die Finanzierungsbasis der gesetzlichen Rente gestärkt und der Bundeshaushalt entlastet werden. Ausdrücklich gewarnt wird davor, die Höhe von Rentenniveau und Beitragssatz für die Zukunft festzuschreiben. Die Große Koalition will das Verhältnis von
30 Rente zum Durchschnittseinkommen zunächst bis 2025 bei 48 Prozent fixieren, die Beiträge sollen in diesem Zeitraum nicht über 20 Prozent steigen. Auch der Rentenkommission machten Union und SPD in ihrem Koalitionsvertrag eine wichtige Vorgabe: Anzustreben sei eine doppelte Haltelinie, „die Beiträge und Niveau langfristig absichert“. Den Prognos-Berechnungen zufolge würde eine Grenze von 48 Prozent beim
35 Rentenniveau und von 20 Prozent bei den Beiträgen allein für das Jahr 2040 eine Mehrbelastung von rund 100 Milliarden Euro für den Bundeshaushalt bedeuten. Der Altersvorsorgeexperte des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV), Peter Schwark, fordert daher, dass ein Renteneintrittsalters von 69 Jahren kein Tabu sein dürfe. Allerdings habe er „politisch das Gefühl, dass derzeit vor allem eine

40 andere Stellschraube in den Blick genommen wird“, sagt das Mitglied der GDV-
Geschäftsführung. „Das ist die Rolle des Steuerzahlers.“

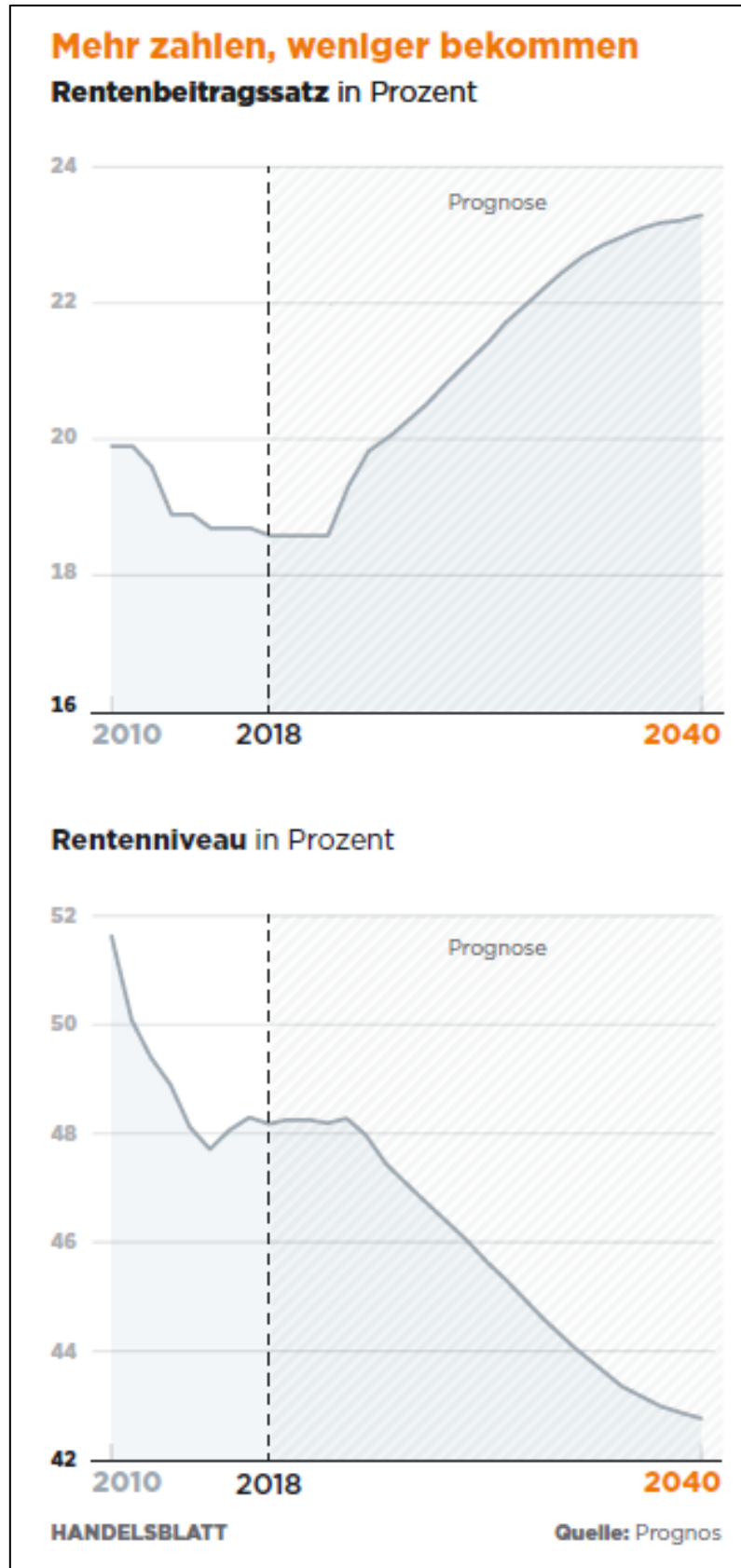
Ein späterer gesetzlicher Rentenbeginn dürfte bei den Gewerkschaften und in der SPD
kaum vermittelbar sein. Für die Sozialdemokraten sitzt die stellvertretende
45 Fraktionsvorsitzende Katja Mast in der Kommission, sie warnt davor, die Rentendebatte
auf reine Zahlenarithmetik zu reduzieren. „Bei einem verlässlichen Generationenvertrag
geht es nicht nur um nackte Zahlen, es geht um mehr: um die Menschen hinter den Zahlen
und um Sicherheit im Alter“, sagt Mast dem Handelsblatt. Der SPD-Sozialexpertin kommt
es darauf an, dass auch die Erwerbsbiografien in den Blick genommen werden, die für die
50 späteren Rentenansprüche entscheidend sind. „Es geht um die vielen Frauen, die in
Teilzeit arbeiten genauso wie um die Menschen, die im Zuge des digitalen Wandels ganz
neuen Formen der Beschäftigung nachgehen und neue Schutzbedürfnisse haben.“

Der demografische Wandel ist kein Naturereignis, die Herausforderungen für die
55 umlagefinanzierte Rente sind seit geraumer Zeit absehbar. Das schnelle
Aufeinanderfolgen von Babyboom und Pillenknick hat die Bevölkerungsstruktur seit den
1970er-Jahren einschneidend verändert. Und während die Geburtenrate niedrig bleibt,
steigt die Lebenserwartung immer weiter an. Als erster Sozialminister stellte sich Ende der
80er-Jahre der CDU-Politiker Norbert Blüm dem Demografieproblem und dämpfte den
60 Anstieg der Renten, indem er die Anpassung der Altersbezüge an die Entwicklung der
Netto- statt der Bruttolöhne knüpfte. Unter Rot-Grün wurde die Rentenformel um das im
Nachhaltigkeitsfaktor komprimierte Verhältnis von Beitragszahlern zu Rentenbeziehern
ergänzt, außerdem sollte mit der Riester-Rente die private Altersvorsorge gestärkt werden.
Die erste Große Koalition unter Angela Merkel (CDU) brachte schließlich die Rente mit
65 67 auf den Weg.

Zuletzt standen die Zeichen angesichts der durch die gute Wirtschaftslage prall gefüllten
Rentenkassen wieder auf Leistungsausweitungen. Mit der Rente mit 63 und der
Mütterrente beglückten SPD und CSU ihre Klientel. Doch spätestens ab Mitte des
70 kommenden Jahrzehnts, wenn die geburtenstarken Jahrgänge aus dem Arbeitsleben
ausscheiden, wird die gesetzliche Rentenversicherung zunehmend unter finanziellen
Druck geraten.

Wie kompliziert die Aufgabe der Rentenkommission ist, weiß auch Merkel. „Das wird
75 vielleicht eines der schwierigsten Werkstücke dieser Legislaturperiode“, sagte sie
vergangenen Monat. Die Kommissionsmitglieder rief Merkel zur Konsensfindung auf:
„Jedenfalls muss es zum Schluss ein gemeinsames Ergebnis sein.“ Allerdings sind auch
innerhalb des Gremiums Zweifel zu vernehmen, ob ein einheitliches Votum für einen
Abschlussbericht möglich sein wird. Zu groß scheinen etwa die Differenzen zwischen
80 Arbeitgebern und Deutschem Gewerkschaftsbund, was den Ausbau der privaten
Altersvorsorge oder eine kostspielige Fixierung des Rentenniveaus angeht. Denkbar ist
daher auch, dass die Kommission mehrere Handlungsszenarien vorlegt. Die Politik müsste
sich dann für einen Weg entscheiden.

Quelle: Waschinski, G., Handelsblatt, Nr. 106, 06.06.2018, 6



Bernd Raffelhüschen: „Nur ein Feigenblatt für die Fehler der Vergangenheit“

Der Finanzwissenschaftler über die Rolle der Rentenkommission, die Schnitzer der alten GroKo, sein Vertrauen in die Politik und Haltelinien für mathematisch Minderbemittelte.

Einmal im Jahr errechnet der Freiburger Finanzwissenschaftler für die Stiftung Marktwirtschaft die verdeckte Staatsverschuldung, die durch die aktuelle Rentenpolitik weiter wächst. Bernd Raffelhüschen lehrt seit 1995 auch im norwegischen Bergen. Daher kennt er das dortige Rentenmodell aus erster Hand.

Herr Raffelhüschen, wie zuversichtlich sind Sie, dass uns die Rentenkommission der Lösung der langfristigen Probleme der Alterssicherung in Deutschland näher bringen wird?

Meine Zuversicht, dass die Kommission oder mindestens die fachlich Versierten klar für die Übertragung des norwegisch schwedischen Modells auf Deutschland und damit für eine Anbindung des Rentenalters an die Lebenserwartung plädieren werden, ist groß. Ich glaube auch, dass die Kommission sich dafür aussprechen wird, den Nachhaltigkeitsfaktor in der Rentenformel zu belassen. Er sorgt dafür, dass die Renten weniger als die Löhne steigen, wenn die Zahl der Rentner schneller wächst als die der Beitragszahler. Die Zuversicht, dass danach die Politik den Mut aufbringt, diese richtigen, aber unpopulären Weichenstellungen auch zu tätigen, tendiert dagegen gegen null.

Teilen Sie die Kritik, dass die Kommission falsch zusammengesetzt ist, weil kein Mitglied unter 40 ist?

Nein, die eigentliche Qualifikation ist nicht das Alter, sondern die fachliche Kompetenz. Darüber hinaus sollte auch eine gewisse politikferne Positionierung eine Rolle spielen sowie die Frage, ob die Mitglieder in der Lage sind, generationenübergreifend zu agieren. Was die fachliche Kompetenz angeht, sehe ich kein großes Problem, allerdings sind nach meiner Einschätzung zu viele Politiker beziehungsweise dem Politikbetrieb nahestehende Personen und zu wenig Eltern dabei.

Nun hat Minister Heil ja noch Vorschaltgesetze versprochen. Es wird die beiden Haltelinien 48 Prozent Rentenniveau als Untergrenze und 20 Prozent Höchstbeitragssatz bis 2024 geben. Die Mütterrente wird zulasten der Rentenversicherung ausgebaut. Die Erwerbsminderungsrenten werden erhöht. Eine Solidarrente soll es auch noch geben. Genau hierin liegt das Problem dieser Kommission. Sie muss akzeptieren, dass die Kardinalfehler schon vorab begangen wurden, und darf weder die abschlagsfreie Rente ab 63 noch die beiden gesetzten Haltelinien oder die anderen neuen Koalitionsvereinbarungen infrage stellen. Da aber nur mathematisch Minderbemittelte an beispielsweise eine doppelte Haltelinie mit konstanten Steuerbelastungen und konstantem Renteneintritt glauben können, ist das Dilemma dieser Kommission offenbar: Sie hat vor allem die Funktion, ein Feigenblatt für die beschämenden - weil zulasten zukünftiger Beitragszahler gehenden - rentenpolitischen Fehler der Vergangenheit und Vorabbeschlüsse der neuen Koalition zu sein. Daneben soll sie darüber verhandeln, wie mit ein wenig Kosmetik die fernere Zukunft der Altersversorgung aussehen könnte.

Wie sehr wird das die verdeckte Staatsverschuldung in Deutschland schon vor der langfristigen Reform in die Höhe treiben?

Daran rechnen wir zurzeit - aber eines zeichnet sich schon jetzt ab: Die Rechnung für die zukünftigen Generationen wird wohl noch teurer als die Rechnung, die uns die vorangegangene GroKo bereits mit Rente ab 63 und Mütterrente präsentiert hat.

Wie groß schätzen Sie die Gefahr, dass bei der Kommission am Ende nur ein Konstrukt für eine zusätzliche Steuerfinanzierung der gesetzlichen Rente sowie eine Bestätigung der Heil'schen Haltelinien auch für die lange Frist herauskommt?

Ja, das wird dabei wohl im Gegenzug zur - richtigen - Bindung des gesetzlichen Rentenzugangsalters an die steigende Lebenserwartung als „politischer Kompromiss“ herauskommen. Eines ist klar: Verantwortungsvolle Eltern würden anders handeln.

Und was erwarten Sie für die zweite und dritte Säule, also Betriebsrenten und private Vorsorge?

Ein wenig Garnitur.

Was wäre Ihr Rezept?

Wir sind durch die Einführung des Nachhaltigkeitsfaktors in der Rentenformel und durch die Rente mit 67 dem Ziel einer nachhaltigen Finanzierung unseres Rentensystems schon sehr nahe gekommen. Ohne die Reformen von Ex-Arbeitsministerin Andrea Nahles wäre die Einführung eines Lebensarbeitszeitfaktors nach skandinavischem Vorbild hinreichend gewesen, um volle fiskalische Tragfähigkeit bei zugleich fast vollständigem Schutz vor Altersarmut zu gewährleisten. Mein Rezept wäre also einfach: Erstens: Korrigiert die Fehler der letzten GroKo. Zweitens: Führt den Lebenserwartungsfaktor so ein, wie ich ihn vor über zehn Jahren vorgeschlagen habe.

Quelle: Thelen, P., Handelsblatt, Nr. 106, 06.06.2018, 7